

Pressekonferenz, 5. September 2016, Berlin

Gerechtigkeit und Verteilung in Deutschland – ein Faktencheck

Statement

Prof. Dr. Michael Hüther
Direktor
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Es gilt das gesprochene Wort

1. Hintergrund

Immer mehr Deutsche arbeiten, seit 2005 hat hierzulande ein enormer Beschäftigungsaufbau stattgefunden, das Wirtschaftswachstum hat sich nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2009 wieder stabilisiert, die Löhne und Vermögen der Bundesbürger steigen – Deutschland erlebt eine Boomphase. Den Deutschen geht es so gut wie lange nicht. Dennoch herrscht die weitläufige Meinung, dass nur ein geringer Teil der Bürger von dieser Entwicklung profitiert, die angeblich auf Kosten des Großteils der Bevölkerung ausgetragen wird. 2013 gaben in einer internationalen Umfrage des US-amerikanischen Pew Research Center 88 Prozent der Deutschen an, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich in den vergangenen fünf Jahren hierzulande geöffnet habe.

Woher kommt diese Wahrnehmung und wie sieht es wirklich aus? Profitieren tatsächlich nur wenige von der guten wirtschaftlichen Entwicklung? Das IW Köln hat in einem umfassenden Faktencheck zu wichtigen verteilungspolitischen Stereotypen mit neuen Zahlen untersucht, inwieweit sich diese Wahrnehmung mit empirischen Befunden zur Verteilungssituation deckt.

2. Ungleichheit keineswegs „besonders hoch“

2.1 Einkommensungleichheit und Umverteilung

Bezüglich der Verteilungsindikatoren auf Basis der Nettoeinkommen schneidet Deutschland – sowohl im EU- als auch im OECD-Vergleich – besser ab als der Durchschnitt. Allerdings steht der Verdacht im Raum, dass der Markt hierzulande zu vergleichsweise ungleichen Ergebnissen führe und die Lohnungleichheit ausgeprägter sei als in anderen Ländern. Für diesen Befund bedeutsam ist das verwendete Einkommenskonzept: Werden nur die sogenannten „Markteinkommen“ – also die Arbeitseinkommen und Kapitaleinkommen vor staatlicher Umverteilung – betrachtet, steht Deutschland bei der Ungleichheit etwas schlechter da als der EU-Durchschnitt. Allerdings bleiben bei diesem Konzept beitragsfinanzierte Leistungen der Rentenversicherung außen vor. Viele Rentner verfügen daher nur über sehr geringe Markteinkommen. Die gemessene Ungleichheit der Einkommen ohne Rentenzahlungen ist entsprechend hoch. Werden diese mit einbezogen, wandelt sich das Bild. In der Tendenz zeigt sich: je höher die gesetzliche Rentenabsicherung, desto höher die Ungleichheit der Markteinkommen. Der Zusammenhang ist eingängig: fehlt die staatliche Absicherung, arbeiten die Menschen entweder länger oder sorgen vermehrt privat vor – in beiden Fällen liegen die Markteinkommen also höher.

Das Mikrosimulationsmodell EUROMOD simuliert die Gini-Koeffizienten – das gebräuchlichste Maß der Ungleichheit – vor und nach staatlicher Umverteilung auf Basis fortgeschriebener europäischer Haushaltsbefragungsdaten. Im Fall maximaler Ungleichheit nimmt der Gini-Koeffizient den Wert eins an, bei einer Gleichverteilung der Einkommen den Wert null. Daraus lassen sich folgende Befunde für Deutschland ableiten (Grafik 1):

- Sobald Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung berücksichtigt werden, ist die Ungleichheit in Deutschland unterdurchschnittlich (Gini-Koeffizient Deutschland: 0,359, im bevölkerungsgewichteten EU-28-Durchschnitt: 0,383).
- Bei Betrachtung der Nettoeinkommen erreichen nur neun der 28 EU-Staaten ein geringeres Ungleichheitsniveau als Deutschland.
- Durch die gesamte staatliche Umverteilung (Renten, Transfers und Abgaben) halbiert sich der Gini-Koeffizient in Deutschland nahezu (von 0,503 auf 0,262). Nur drei EU-Staaten erzielen eine stärkere effektive Umverteilungswirkung.
- Auch wenn man die Rentenversicherungsleistungen nicht als Teil sozialer Umverteilung berücksichtigt, bleibt die Ungleichheitsreduktion durch staatliche Umverteilung eindeutig überdurchschnittlich.

Von der Ungleichheit der Markteinkommen zu unterscheiden ist darüber hinaus die Lohnungleichheit – denn bei dieser

fließt zum einen nur die erwerbsfähige Bevölkerung mit ein, zum anderen wird konventionell nur das individuelle Erwerbseinkommen betrachtet. Laut OECD-Daten verdienten in Deutschland im Jahr 2014 die oberen zehn Prozent der Vollzeit-Beschäftigten das 3,4fache der unteren zehn Prozent der Lohnverteilung. In den USA lag das Verhältnis mit 5,0 deutlich höher (Grafik 2). Insgesamt führen in gut der Hälfte der OECD-Staaten Marktprozesse zu deutlich größeren Unterschieden in der Verteilung der Erwerbseinkommen als in Deutschland.

2.2 Höhe der Vermögensungleichheit

Der Verdacht, dass die Verteilung von Vermögen in Deutschland sehr ungerecht ist, hält sich noch hartnäckiger als bei den Einkommen. Eine Befragung der Europäischen Zentralbank hatte 2013 ergeben, dass in kaum einem anderen Euroland die Vermögensungleichheit so hoch sei wie in Deutschland – ein Befund, der gerne als Rechtfertigung für den Eingriff in die Vermögensverteilung herangezogen wird.

Jedoch lassen sich ohne Einordnung in den historischen, sozio-demografischen und institutionellen Kontext eines Landes Indikatoren der Vermögensverteilung international kaum vergleichen. Ein wesentlicher Erklärungsfaktor für die vergleichsweise hohe Vermögensungleichheit in Deutschland ist beispielsweise die geringe Wohneigentumsquote. Anders als in anderen Ländern verfügt Deutschland aber über einen

funktionierenden Mietwohnungsmarkt – und in der Finanzkrise erwies es sich durchaus als Vorteil, dass bonitätsschwache Haushalte eben kein kreditfinanziertes Wohneigentum haben.

Darüber hinaus zeigt eine kürzlich veröffentlichte DIW-Studie, dass sich der Gini-Koeffizient der Vermögensungleichheit in Deutschland bei Berücksichtigung der gesetzlichen Rentenanwartschaften um fast 25 Prozent von 0,785 auf 0,594 reduzieren würde; das mittlere Vermögen würde sich von 18.000 auf 107.392 Euro nahezu versechsfachen. Mit diesem Ungleichheitsniveau würde Deutschland in das „gleichere“ Drittel der Euroländer aufsteigen – ob die ungleichheitsreduzierende Wirkung der Rentenanwartschaften in den anderen Ländern genauso stark ausfällt, muss sich nämlich erst noch zeigen.

Darüber hinaus berücksichtigt die EZB-Studie nur Länder des Euroraums. Insbesondere in den skandinavischen Ländern – die häufig als Musterbeispiele für Egalität und soziale Absicherung genannt werden – ist die Vermögensungleichheit aber ebenfalls sehr hoch (Grafik 3).

Das heißt: Auch ein sehr gutes Abschneiden bei Indikatoren der Einkommensungleichheit, Bildungsgerechtigkeit und sozialer Mobilität impliziert keineswegs eine geringe Vermögensungleichheit – umgekehrt führt eine hohe Vermögensungleichheit

**keineswegs automatisch zu einem schlechten
Abschneiden bei diesen Kriterien.**

3. Kein Anstieg der Einkommens- und Vermögensungleichheit

3.1 Ungleichheit der Markt- und Nettoeinkommen

Wie in vielen anderen Industrienationen, hat Ende der neunziger Jahre bis etwa 2005 die Einkommensungleichheit in Deutschland zugenommen – das gilt sowohl für die Markteinkommen vor staatlicher Umverteilung als auch für die Nettoeinkommen. Seit 2005 zeigt sich allerdings eine Trendumkehr, die Ungleichheit blieb annähernd stabil. Das lässt sich anhand der Entwicklung des Gini-Koeffizienten verdeutlichen (Grafik 4):

**Der Gini-Koeffizient der Nettoeinkommen auf Basis des
Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) bewegt sich seit
2005 innerhalb eines Intervalls von 0,28 bis 0,29.**

Die Veränderungen bewegen sich im Rahmen üblicher Schätzungenauigkeit und können nicht als strukturelle Änderungen interpretiert werden. Die Entwicklung der Ungleichheit der Markteinkommen deutet sogar eher einen leicht sinkenden Trend an (Grafik 5).

3.2 Methodische Unsicherheit über die aktuelle Entwicklung

Die stabile bis leicht sinkende Einkommensungleichheit in Deutschland seit 2005 ist ein in der Verteilungsforschung weitgehend anerkannter Befund. In den Beobachtungsjahren ab etwa 2010/2011 zeigt sich in den Haushaltsbefragungsdaten des SOEP und den regelmäßig von Eurostat veröffentlichten Verteilungsstatistiken jedoch wieder die Tendenz zu einem leichten Anstieg der Einkommensungleichheit. Im SOEP geht der Anstieg aber weitgehend auf eine neue Migrationsstichprobe zurück, die erhoben wurde, um die im Panel naturgemäß untererfassten Migranten besser abzubilden. Die Befragten dieser Migrationsstichprobe weisen im Vergleich zur Altstichprobe überwiegend unterdurchschnittliche Einkommen auf. Allein durch Berücksichtigung dieser Stichprobe lag das durchschnittliche Nettoeinkommen um 1,4 Prozent niedriger, die Armutsgefährdungsquote um mehr als einen Prozentpunkt höher. Dies mag den überraschenden Befund erklären, dass die realen bedarfsgewichteten Nettoeinkommen im SOEP im Jahr 2013 im Durchschnitt unterhalb des Niveaus des Krisenjahres 2009 lagen (Grafik 6). In den europäischen Haushaltsbefragungsdaten geht das preisbereinigte Nettoeinkommen im selben Zeitraum sogar um 1,8 Prozent zurück. Diese Entwicklung lässt sich nur schwer mit den wirtschaftlichen Eckdaten für Deutschland vereinbaren: Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung verweist auf einen realen Zuwachs von 2,4 Prozent je

Einwohner für die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im Zeitraum 2009 bis 2013.

Auch der Mikrozensus deutet auf einen Realeinkommensanstieg innerhalb der letzten Jahre sowie einen konstanten Gini-Koeffizienten in Höhe von 0,29 im gesamten Zeitraum 2005 bis 2014 hin. Die Einkommensanteile der oberen 10 und 5 Prozent der Steuerpflichtigen zeigen ebenfalls keineswegs einen Anstieg der Ungleichheit:

Vereinten im Jahr 2008 die oberen zehn Prozent der Steuerpflichtigen 31,5 Prozent der verfügbaren Einkommen auf sich, waren es 31,4 Prozent im Jahr 2015. Bei den oberen 5 Prozent der Steuerpflichtigen sank der Anteil in diesem Zeitraum von 21,7 auf 21,1 Prozent.

Die Gesamtschau der Datenquellen widerlegt damit, dass die positiven Effekte von Beschäftigungs- und Wirtschaftsentwicklung nur bei den „Reichen“ ankommen. In den Jahren, in denen das SOEP auf eine positive Realeinkommens- und Beschäftigungsentwicklung hindeutet, nähern sich die Einkommen an:

Zwischen 2005 und 2010 konnten die ärmsten 10 Prozent der Bevölkerung ihr reales Nettoeinkommen im Durchschnitt um 8,4 Prozent steigern – die reichsten zehn Prozent konnten im gleichen Zeitraum hingegen nur

einen Zuwachs von 0,8 Prozent verbuchen. Hier wirkte sich freilich auch die Finanzkrise asymmetrisch aus.

3.3 Entwicklung der Vermögensungleichheit

Entgegen der weitläufigen Wahrnehmung einer stetig steigenden Vermögenskonzentration bei den Reichen gibt es keine Daten, die diesen Befund für die letzten Jahre bestätigen. Besaßen die vermögensreichsten 10 Prozent der Deutschen gemäß Daten des SOEP im Jahre 2002 56,7 Prozent der Vermögen, waren es im Jahre 2012 noch 53,4 Prozent (Grafik 7). Diese Werte sind dem berechtigten Vorwurf ausgesetzt, dass die Top-Vermögen in den Haushaltsbefragungsdaten nicht hinreichend erfasst sind. Zum einen ist aber selbst dann kein Anstieg der Vermögenskonzentration in diesem Zeitraum zu erkennen, wenn man die Vermögen der „Superreichen“ mit Hilfe der Forbes-Liste großzügig hinzuschätzt. Zum anderen wird selten erwähnt, dass es ebenfalls wenig plausibel ist, dass die Vermögen in der Mittelschicht adäquat abgebildet sind.

Niedrige Zinsen, dafür steigende Immobilienpreise und boomende Aktienmärkte – insbesondere die Niedrigzinsphase stand in dem Verdacht, die Vermögensungleichheit weiter in die Höhe zu treiben. Allerdings zeigen neue Daten der Deutschen Bundesbank, dass sich die Höhe der Vermögensungleichheit auch zwischen 2010 und 2014 praktisch nicht verändert hat:

In beiden Befragungsjahren lag der Gini-Koeffizient bei 0,76. Der Anteil der vermögendsten 10 Prozent der Haushalte am gesamten Nettovermögen war im Jahr 2014 mit 59,8 Prozent nur 0,6 Prozentpunkte höher als im Jahr 2010.

4. Die Entwicklung des Arbeitsmarktes

Neben der Vermutung einer sich stetig öffnenden Schere zwischen Arm und Reich, hält sich beharrlich die Annahme einer zunehmenden Prekarisierung des Arbeitsmarktes. Doch die Daten zeigen eine andere Entwicklung: Zwar ist der Niedriglohnsektor und der Anteil atypischer Beschäftigung Ende der Neunziger Jahre gestiegen – also parallel zum Zeitraum des Ungleichheitsanstiegs. Jedoch zeigen die Arbeitsmarktindikatoren seit 2007 in eine positive Richtung:

- Der Anteil der atypischen Beschäftigungsverhältnisse an der gesamten Erwerbstätigkeit geht bereits seit 2006 wieder zurück. Gleichzeitig hat der Anteil der Normalarbeitsverhältnisse in der erwerbsfähigen Bevölkerung von 40,3 Prozent in 2005 auf 46,5 Prozent in 2015 zugenommen – und liegt damit wieder etwa auf dem Niveau wie zu Zeiten der Wiedervereinigung (Grafik 8).
- Seit 2007 gibt es keinen weiteren Anstieg des Anteils der Niedriglohnbezieher – der zudem nicht auf Kosten von Beschäftigungsverhältnissen mit höheren Löhnen

zugenommen hatte, sondern vor allem zuvor Arbeitslose in den Arbeitsmarkt holte.

- Der Beschäftigungsaufbau geht auch keineswegs maßgeblich auf einen Anstieg der geringfügigen Beschäftigung zurück: Mit der Anhebung der Verdienstgrenze im Jahr 2003 hatte die Bedeutung von Mini-Jobs zwar sprunghaft zugenommen – 2015 gab es aber 30.000 Mini-Jobs weniger als in 2004 (entspricht knapp 0,6 Prozent aller Mini-Jobs 2004).
- Der Anteil der befristet Beschäftigten von allen abhängig Erwerbstätigen (ohne Auszubildende) liegt in Deutschland seit 2005 konstant bei rund 10 Prozent, seit 2012 ist er sogar leicht rückläufig (Grafik 9).
- Auch der Vorwurf, dass der Aufschwung nicht bei den Arbeitnehmern angekommen sei, ist angesichts der deutlichen Reallohnzuwächse der letzten Jahre nicht haltbar (Grafik 10): Seit 2008 gab es einen gesamtwirtschaftlichen Reallohnzuwachs von 8,1 Prozent, effektiv sind die Reallöhne bis 2015 sogar um 11,6 Prozent gestiegen.

Die lange Zeit geübte Zurückhaltung bei den Lohnsteigerungen (1995-2008) war neben der Agenda 2010 eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Entwicklung des Arbeitsmarktes – eine strukturelle Veränderung, die sich inzwischen in wieder deutlich steigenden Einkommen zeigt. Da die Reallöhne aber aktuell deutlich stärker als die Arbeitsproduktivität wachsen – die Produktivität stieg seit 2008 nur um 4 Prozent – kann das die

Beschäftigungsdynamik wegen steigender Lohnstückkosten dämpfen und die derzeitigen Erfolge gefährden.

Nachdem der Beschäftigungszuwachs zunächst für eine größere Lohnungleichheit unter den Erwerbstätigen sorgte, ändert sich auch hier die Entwicklung: Zwischen 2009 und 2013 haben sich die Bruttoerwerbseinkommen der Vollzeitbeschäftigten in den unteren Einkommensschichten deutlich stärker entwickelt als in den oberen Einkommensschichten (Grafik 11). Beachtlich ist, dass das untere Zehntel der Lohnverteilung in diesem Zeitraum mit einem Plus von 6,6 Prozent den höchsten Zuwachs verzeichnen konnte. Ein viel diskutierter Befund aus dem letzten Armuts- und Reichtumsbericht, dass die realen Bruttoerwerbseinkommen für die unteren 80 Prozent der Vollzeitbeschäftigten im Zeitraum 2007 bis 2011 rückläufig waren, hat sich somit umgekehrt. Dabei sind die Wirkungen des gesetzlichen Mindestlohns seit Anfang 2015 noch gar nicht berücksichtigt.

5. Bildungsmobilität und Chancengerechtigkeit

Bei Indikatoren für Bildungsmobilität schneidet Deutschland im Vergleich der OECD-Länder auf den ersten Blick nicht gut ab. Dabei ist allerdings gleich in zweifacher Hinsicht in Rechnung zu stellen, dass Deutschland wegen seines gut ausgebauten Systems der beruflichen Bildung traditionell eine unterdurchschnittliche Akademikerquote ausweist:

Zum einen gibt es gemessen an formalen Abschlüssen in Deutschland gegenwärtig deutlich mehr Bildungsaufsteiger als Bildungsabsteiger – wenn der Bildungsstand der Kinder im Verhältnis zum durchschnittlichen Bildungsstand der Eltern bewertet wird (Grafik 12). Zudem ist der Anteil von Kindern aus Nichtakademiker-Haushalten mit Studienabschluss seit der Jahrtausendwende von 18,6 Prozent auf 22,7 Prozent im Jahr 2012/2013 gestiegen (Grafik 13).

Zum anderen führt das gut ausgebaute System der beruflichen Bildung – mit den darauf aufbauenden Möglichkeiten zur Aufstiegsfortbildung – zu guten Einkommensperspektiven der Absolventen:

- Zwar haben Akademiker im Durchschnitt einen höheren Stundenlohn als Fortbildungsabsolventen, dennoch erzielen 28 Prozent der Fortbildungsabsolventen ein Einkommen über dem durchschnittlichen Akademikerverdienst (Grafik 14).
- Auch konnte die Abhängigkeit des Bildungserfolgs vom sozio-ökonomischen Hintergrund innerhalb der letzten Jahre kontinuierlich abgebaut werden: Hat der sozio-ökonomische Hintergrund im Jahr 2000 noch fast ein Viertel der ungleichen Ergebnisse in den PISA-Lesekompetenzen erklärt, waren es 2012 nur noch 15 Prozent.

6. Fazit: Viel positiver, als viele denken

Entgegen der weitverbreiteten Wahrnehmung hat sich im letzten Jahrzehnt weder die Einkommensungleichheit noch die Vermögensungleichheit erhöht.

Auf individueller Ebene scheinen die Reallohnzuwächse der vergangenen Jahre auch durchaus wahrgenommen zu werden (Grafik 15): Im Jahr 2014 beurteilten beinahe zwei Drittel der Befragten ihre eigene wirtschaftliche Lage als gut oder sehr gut – nur noch 9 Prozent der Bevölkerung ordnen ihre wirtschaftliche Situation als eher schlecht ein – dies sind jeweils die besten Werte seit der Wiedervereinigung und deutlich positiver als noch im Jahr 2004.

Die Anerkennung, dass von der beschäftigungsorientierten Lohnpolitik Ende der Neunziger Jahre sowie den Arbeitsmarktreformen um die Agenda 2010 letztlich weite Teile der Bevölkerung profitiert haben, könnte die Akzeptanz und Durchsetzung von Reformen erleichtern, wenn sie wirtschaftlich notwendig sind. Darüber hinaus könnte sie das Vertrauen in politische Entscheidungen steigern – ein sensibles Gut, wie die sinkende Zustimmung zur Politik der etablierten Parteien zeigt.